



EU-Wahlen: Minister Kurz referiert in Meran

MERAN. Neben der Wahl des neuen SVP-Obmanns bilden die EU-Wahlen heute den zweiten großen Themenschwerpunkt bei der SVP-Landesversammlung in Meran. Eingeleitet wird dieser Block von einem Gastvortrag des österreichischen Außenministers **Sebastian Kurz** (Bild).



Bildungssystem: Investieren statt reparieren

SEBASTIAN KURZ IM INTERVIEW: Österreichs jüngster Minister über Achammer, Autonomie, Ukraine-Krise, die Vorteile der Neutralität und seine spärliche Freizeit

BOZEN. Der österreichische Außenminister Sebastian Kurz wird nach einer arbeitsreichen Woche am heutigen Samstag bei der SVP-Landesversammlung in Meran erwartet. Minister Kurz hatte in dieser Woche etliche Auftritte auf internationalem Parkett: Am Montag hat er Gespräche wegen des Atomstreits in Teheran (Iran) geführt, am Mittwoch vermittelte er als Vorsitzender des Europarates in Kiew in der Ukraine-Krise. Minister Kurz nahm sich Zeit für ein Interview mit den „Dolomiten“.

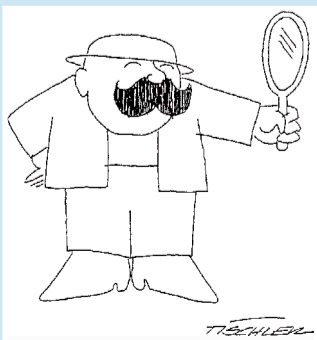
„Dolomiten“: Sie sind mit Ihren 27 Jahren in etwa gleich alt wie der künftige SVP-Obmann Achammer. Von Außenminister zu Obmann: Wie behauptet man sich gegenüber älteren Semestern parteiintern und außerhalb?

Minister Sebastian Kurz: Als ich mit 24 Jahren als Staatssekretär begonnen habe, gab es viel – vor allem medialen – Gegenwind. Es war durchaus herausfordernd, diese Phase zu überstehen. Bei Philipp Achammer habe ich, was die Durchsetzungsfähigkeit betrifft, keine Sorge. Diese und andere Fähigkeiten hat er schon als Landesobmann der Jungen Generation, als Landessekretär der SVP und als Landesrat bewiesen.

„D“: Sie sind ein Verfechter verpflichtender Kindergartenjahre für Einwanderer-Kinder mit Sprachdefiziten. In Südtirol wurde ein derartiges Ansinnen versenkt. Was spricht dafür?

Kurz: Die deutsche Sprache ist nicht nur Basis für jede gelungene Integration, sie ist auch Basis für einen erfolgreichen Bildungsweg in Österreich. Wir setzen uns daher für ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr für all jene ein, die Deutschdefizite haben, damit beim Schuleintritt jedes Kind auch im Stande ist, dem Unterricht zu folgen. Schon das verpflichtende Kindergartenjahr für alle Fünfjährigen, das wir 2010 umgesetzt haben, hat bei Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache extreme Fortschritte gebracht. Es geht uns im Bildungssystem um ein frühes Investieren statt eines späten, teuren Reparierens.

DER SCHNAUZER



„Morgn isch Weltlochtog. Bei mir isch sel jedn Tog.“



Der österreichische Außenminister Sebastian Kurz im Gespräch mit „Dolomiten“-Chefredakteur Toni Ebner (r.) im Hotel Therme in Meran.

DLife

„Ich halte nichts davon, den Leuten das Blaue vom Himmel zu versprechen. Freistaats- und Unabhängigkeitsphantasien führen die Menschen in die Irre – man kann das Rad der Zeit nicht zurückdrehen.“

Minister Sebastian Kurz

„D“: Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler: Ein Thema für Bundesinnenministerin Mikl-Leitner oder für den Außenminister? Ein Hirngespinnst oder in absehbarer Zeit machbar?

Kurz: Prinzipiell ist das Innenministerium federführend zuständig für Staatsbürgerschaftsangelegenheiten. Da es sich hier jedoch um eine Frage von grundlegender Bedeutung handelt, diskutieren wir dieses Thema innerhalb der gesamten Bundesregierung. Grundsätzlich sieht das österreichische System Doppelstaatsbürgerschaften nicht vor. Eine Vereinfachung des Erwerbs der österreichischen Staatsbürgerschaft ohne Niederlassungserfordernis und bei gleichzeitiger Beibehaltung der italienischen Staatsbürgerschaft wäre zwar sicherlich attraktiv für die Südtirolerinnen und Südtiroler, aber mit rechtlichen und praktischen Hürden verbunden. Diese Frage wird daher in Österreich derzeit intensiv diskutiert und geprüft.

„D“: Sie sagten zum Amtsantritt von Landeshauptmann Kompatscher, dass es gelte, „die Südtirol-Autonomie an die sich ändernden Rahmenbedingungen anzupassen“. In welchen Bereichen kann die Südtirol-Autonomie reformiert werden?

Kurz: Südtirol hat bereits einen sehr weitgehenden Autonomiestatus erreicht, von dem alle Bevölkerungsgruppen profitieren. Seitdem das Paket vor über 40 Jahren geschnürt worden ist, hat sich die Welt natürlich stark ver-

ändert. Auf diese Veränderungen gilt es zu reagieren. Das tut die Südtiroler Landesregierung ja auch. Bester Beweis dafür sind die derzeit laufenden Verhandlungen mit der italienischen Regierung. So ist es etwa gelungen, im kürzlich verabschiedeten Stabilitätsgesetz erstmalig eine primäre Zuständigkeit Südtirols für Lokalsteuern zu verankern.

„D“: Was halten Sie von Freistaats-Wünschen, was von Selbstbestimmungs-Referenden in Südtirol? In der Lombardei, Veneto oder Friaul-Julisch-Venetien werden Abspaltungswünsche von Rom immer lauter. Kann Südtirol da abseits stehen und weiter auf einen Ausbau der Autonomie setzen?

Kurz: Der Weg in Richtung Vollautonomie ist meinem Erachten nach der einzig vernünftige und realistische Weg. Ich halte nichts davon, den Leuten das Blaue vom Himmel zu versprechen. Freistaats- und Unabhängigkeitsphantasien führen die Menschen in die Irre – man kann das Rad der Zeit nicht zurückdrehen.

„D“: Wo bzw. wie sehen Sie Südtirol in 50 Jahren?

Kurz: Ich gehe davon aus, dass Südtirol weiterhin eine wohlha-

bende und prosperierende Region in Europa sein wird. Gerade vom Zusammenwachsen der gesamten Region innerhalb der EU wird Südtirol insbesondere wirtschaftlich weiterhin profitieren. Politisch wird Südtirol immer mehr Vorzeigekarakter für die Lösung von Minderheitenkonflikten nicht nur in Europa, sondern auch in angrenzenden Regionen haben.

„D“: Herr Außenminister, ein bestimmendes Thema Ihrer bisherigen Amtszeit ist die Ukraine-Krise. Was kann ein Land wie Österreich beitragen, um eine Eskalation vor der eigenen Haustür zu verhindern?

Kurz: Österreich setzt sich im Rahmen der EU und auch bilateral für eine rasche und friedliche Beilegung des Konflikts ein. Wir haben gerade den Vorsitz des Europarats inne und nehmen unsere Verantwortung entsprechend wahr. Am Dienstag organisieren wir eine große Ministerkonferenz des Europarats in Wien, wo die Ukraine das Hauptthema sein wird und wo es hoffentlich auch zu einem direkten Kontakt zwischen der Ukraine und Russland kommen wird. Darüber hinaus unterstützen wir die OSZE-Monitoring Mission und haben auf Wunsch der

Ukraine österreichische Neutralitätsexperten nach Kiew entsandt.

„D“: Oft wird kritisiert, dass die EU in der Außenpolitik nicht mit einer Stimme spricht. Können Sie das gerade im Hinblick auf die zur Zeit komplizierte Beziehung zu Moskau bestätigen?

Kurz: Gerade in der Ukraine-Frage hat die EU von Anfang an mit einer Stimme gesprochen. Der Drei-Stufen Plan der Staats- und Regierungschefs sowie die Forderung nach Dialog und Deeskalation waren die richtige Antwort auf die Krise. Natürlich ist es aber generell eine Herausforderung, dass 28 EU-Mitgliedsstaaten immer mit einer Stimme sprechen bzw. einer Meinung sind.

„D“: Welche Rolle spielt Österreich heute in der europäischen Außenpolitik? Ist das Festhalten an der Neutralität eher hinderlich oder ist sie beim Vermitteln in Krisengebieten eher von Vorteil?

Kurz: Österreich betreibt aktive Außenpolitik im vollen Bewusstsein, dass wir keine Supermacht sind wie die USA oder Russland. Wir haben aber sehr wohl die Möglichkeit, regionale oder thematische Nischen zu finden. Re-

gionaler Schwerpunkt ist der Westbalkan aufgrund unserer engen kulturellen, menschlichen und wirtschaftlichen Verbundenheit. Thematisch ist gerade aufgrund der Neutralität eine der Nischen, in der wir uns engagieren, Österreich als Ort für Dialog und Gespräche zu etablieren. Insofern ist die Neutralität in unserer Außenpolitik alles andere als hinderlich, sondern eine Besonderheit, die Teil der österreichischen Seele ist.

„Ich bin für größtmögliche Durchlässigkeit in der Politik und möchte in der Phase, in der ich politisch tätig bin, so viel wie möglich bewirken.“

Minister Sebastian Kurz

„D“: Sie haben kürzlich gemeint, nach zehn Jahren in der Politik soll Schluss sein. Warum streben Sie keine Karriere als Berufspolitiker an?

Kurz: Es gibt kein genaues Datum in meinem Kalender, an dem ich plane, die Politik zu verlassen. Fest steht auch, dass ich sicherlich mein Leben lang ein politisch interessierter Mensch sein werde. Das Berufsleben ist allerdings heute vielfältiger geworden und kaum ein junger Mensch ist heute in ein und demselben Unternehmen oder derselben Branche ein Leben lang tätig. Ich bin für größtmögliche Durchlässigkeit in der Politik und möchte in der Phase, in der ich politisch tätig bin, so viel wie möglich bewirken.

„D“: Eine private Frage zum Schluss: Was macht ein 27-jähriger Außenminister, wenn er einmal ein paar Stunden für sich hat?

Kurz: Wenn ich ganz ehrlich bin, habe ich momentan kaum Freizeit, weil viel zu tun ist und mir meine Tätigkeit wirklich Freude macht. In meiner Freizeit treibe ich gerne Sport oder verbringe sie mit Familie sowie Freunden.

© Alle Rechte vorbehalten

LEBENS LAUF

Politischer Senkrechtstarter und Hoffnungsträger der Volkspartei

Sebastian Kurz ist am 27. August 1986 in Wien geboren. Sein Vater ist Ingenieur, seine Mutter Lehrerin. 2004 legt er am Realgymnasium die Matura ab, nach dem Dienst beim Bundesheer beginnt Kurz das Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Wien. Bereits als Oberschüler wird er 2003 Mitglied der Jungen Volkspartei (JVP) in Wien, 2008 wird er zum Landesobmann gewählt und 2012 mit 100 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Mit einer schrillen Kampagne („Schwarz macht geil“) schafft Kurz im Jahr 2010 den Sprung in

Landtag und Gemeinderat von Wien. Bereits im darauffolgenden Jahr kommt der politische Senkrechtstarter auf der Regierungsebene an. Am 21. April 2011 wird Kurz im Rahmen einer Kabinetts-umbildung als neuer Staatssekretär für Integration angelobt. Einer seiner ersten Erfolge in diesem Amt ist das im Mai 2013 unterzeichnete neue Staatsbürgerschaftsgesetz, das klare Regelungen und Erleichterungen für besonders gut Integrierte festlegt. Bei den Wahlen am 29. September 2013 wird der Staatssekretär mit rund 35.700 Vorzugsstimmen

in den Nationalrat gewählt. Der politische Hoffnungsträger der Volkspartei ist damit Anwärter auf ein Ministeramt. Am 16. Dezember 2013 wird Kurz von Bundespräsident Heinz Fischer als Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten angelobt (seit 1. März 2014: Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres). Als einen seiner persönlichen Arbeitsschwerpunkte bezeichnet er die Beziehungen zum Westbalkan, weshalb Kurz seinen ersten Auslandsbesuch in neuer Funktion in Kroatien absolviert.

© Alle Rechte vorbehalten